



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Christine Karasch
Anschrift Pannewiese 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-4052
Fax (0202) 563-5223
E-Mail christine.karasch@cdu-wuppertal.de
Datum 21.03.2003

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl

Antrag

Drucks. Nr. VO/1321/03
öffentlich

Zur Sitzung am 31.03.2003 Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Betreuungsangebot an Wuppertaler Grundschulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Rat möge in seiner Sitzung am 31.03.2003 beschließen:

1. Vor der Umsetzung einer Maßnahme im Zusammenhang mit erweiterten Betreuungsmaßnahmen an einzelnen Grundschulen ist ein Konzept zu entwickeln, das die Gesamtstadt mit unterschiedlichen Bedarfslagen einzelner Stadtteile und Quartiere im Blick hat. Des Weiteren soll die Finanzierbarkeit solcher Angebote dargestellt werden.
2. Die Einrichtungen und Träger der Jugendhilfe sind mit ihrem bereits vorhandenen Angebot unverzichtbare Partner bei der Umsetzung dieser bedarfsgerechten Betreuungsangebote. Deshalb sind vor dem Hintergrund eines städtischen Konzeptes kleinräumige Betrachtungen für einzelne Schulen anzustellen, die als Orte mit einem entsprechenden Betreuungsangebot vorzusehen sind.
3. Voraussetzung hierfür ist eine Analyse des tatsächlichen Bedarfs und der Nachweis einer langfristigen Notwendigkeit.
4. Parallel hierzu ist der vom Land geforderte Abbau vorhandener Hortplätze mit den dann in vielen Fällen zweifelsfrei vorhandenen Ansprüchen auf individuelle Maßnahmen aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung bis zum Jahr 2007 in seinen pädagogischen und finanziellen Auswirkungen darzustellen.

Begründung:

Die im Erlaß vorgesehene Antragsfrist (30.05.03) kann dazu führen, dass hier Anträge gestellt werden, die ohne Einbindung in ein gesamtstädtisches Konzept und insbesondere unter Vernachlässigung der vorhandenen Angebotsstruktur gestellt werden. Um dies zu vermeiden ist eine eindeutige Klärung des Gesamtbedarfs aber auch die kleinräumige Betrachtung notwendig. Weiter ist der mit der Erweiterung der Betreuungsangebote verbundenen Abbau von Hortplätzen im Hinblick auf eine eventuelle Verlagerung der Kosten in den Bereich der Pflichtleistungen gem. KJHG u betrachten und zu berechnen. Es kann nach Auffassung der CDU nicht davon ausgegangen werden, dass ein wesentlicher Teil Der Leistungen der Horte im Rahmen erweiterter Betreuungsmaßnahmen an Schulen aufgefangen werden kann.

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender